

Eckpunktepapier

zur netzorientierten Steuerung von steuerbaren Verbrauchseinrichtungen
und steuerbaren Netzanschlüssen nach § 14a EnWG

A. Definition: „Dynamisches Steuern“ vs. „Statisches Steuern“ vs. „Anreizen mit Bewertungssignal“

In diesem Modell werden **zwei** **drei** Arten des Steuerns unterschieden:

1. Dynamisches Steuern

- Auslösen einer **direkten** Steuerung erfolgt aufgrund einer messtechnisch konkret festgestellten Auslastungssituation in Bezug auf die betroffenen Betriebsmittel (Betrachtungsfokus: Strang bzw. Trafo)
- Messtechnische Feststellung hat in Echtzeit zu erfolgen, maximal 3 Minuten Verzug zwischen messtechnischer Erfassung und Auswertung in der Netzsteuerung / Entscheidung über das Auslösen einer Steuerung
- Auslösen des Steuerbefehls ist erforderlich zur Beseitigung einer konkreten Gefährdung oder Störung der Sicherheit und Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems im zulässigen Anwendungsbereich
- Aufrechterhaltung des Steuerbefehls ist nur solange und in dem Maße gerechtfertigt, wie dies zur Abwendung der Gefahr erforderlich ist

2. Statisches Steuern

- Annahme einer drohenden Überlastungssituation darf auch rechnerisch auf Basis angemeldeter Anschlussleistungen für steuerbare Verbrauchseinrichtungen (SteuVE) sowie angenommener „Nichtanmelde-Dunkelziffern“ erfolgen (Betrachtungsfokus: Strang bzw. Trafo)
- **Direkte** Steuerungsvorgänge dürfen auf Basis der rechnerisch ermittelten Ergebnisse nach Zeitschema, Anzahl und Dauer im Vorhinein (präventiv) festgelegt werden (z.B. Einsatz von Zeitschaltuhren).
- Hinzukommende messtechnische Möglichkeiten (z.B. iMS-Zubau im Strang, Ermittlung der Leistungsflüsse an Trafo-Abgängen) sind, sobald verfügbar, sowohl bei der Ermittlung einer Steuerungsnotwendigkeit wie auch bei der Planung künftiger Steuerungsvorgänge unverzüglich zu berücksichtigen.

3. Anreizen mit Bewertungssignal

- **Auslösung einer Steuerung erfolgt indirekt durch Reaktion der Gerätesteuerung einer SteuVE oder des Energiemanagementsystems eines SteuNA auf ein Bewertungssignal des VNB.**
- **Das Bewertungssignal wird in Echtzeit auf Basis der Auslastungssituation in Bezug auf die betroffenen Betriebsmittel als normierte Größe bestimmt und an die SteuVE bzw.**

SteuNA übermittelt. Sein Wertebereich ist festgelegt und repräsentiert die Spanne der zulässigen physikalischen Belastung der betroffenen Betriebsmittel in beide Energieflussrichtungen in Bezug auf einen Zielwert.

- Das Bewertungssignal wird tariflich z.B. mit einem reduzierten Preis, einem reduzierten Entgelt oder einer Bonus-Zahlung korreliert. Signal-Werte, die einen lokalen Energieüberschuss in Bezug auf den Zielwert darstellen, führen zu niedrigeren Preisen/Entgelten bzw. höheren Bonus-Zahlungen. Werte, die einen lokalen Energiemangel in Bezug auf den Zielwert darstellen, führen zu höheren Preisen/Entgelten bzw. niedrigeren Bonus-Zahlungen. Durch eine tarifliche Umsetzung des Bewertungssignals wird ein marktlich ermittelter finanzieller Anreiz für den Letztverbraucher geschaffen, Flexibilität z.B. durch Pufferspeicher oder Vorgabe einer längeren Zeitspanne für einen Ladevorgang zur Verfügung zu stellen.
- Eine Tarifierung kann im IMS nach TAF1 (Gewichtung des Energiebezugs mit dem Bewertungssignal in Echtzeit und Ermittlung der Durchschnittsbewertung über eine Abrechnungsperiode) oder TAF5 (Zuordnung des Energiebezugs zu Tarifstufen anhand des Bewertungssignals) erfolgen.
- Zur Optimierung der Gerätesteuerungen stellt der Verteilernetzbetreiber den SteuVE bzw. SteuNA stündlich eine Prognose des Durchschnitts des Bewertungssignals über maximal jede volle Stunde für mindestens die nächsten 24 Stunden zur Verfügung.
- Werden definierte Grenzwerte des Bewertungssignals über- bzw. unterschritten, kann der VNB festlegen, dass das Bewertungssignal direkt als Steuersignal zu interpretieren und zu befolgen ist. Die Signalwerte sind dann mit einer vom VNB definierten Reduktion der Sollleistung der SteuVE oder des SteuNA verknüpft.
- Kann die Auslastungssituation nicht direkt messtechnisch ermittelt werden, kann das Bewertungssignal – analog dem statischen Steuern – auf Basis rechnerisch ermittelter Auslastung berechnet werden. Durch geeignete Interpolation zwischen rechnerischen Stützpunkten ist das Signal dabei möglichst stetig und Echtzeit-ähnlich zu gestalten.

B. Zielmodell:

1. Anwendungsbereich:

SteuVE und Regelungsgegenstand im Sinne der beabsichtigten Festlegungen sind (Aufzählung abschließend):

- Nicht-öffentlich zugängliche Ladepunkte für Elektromobile
- Wärmepumpenheizungen unter Einbeziehung etwaiger Zusatzheizvorrichtungen (Elektroheizstab)
- Anlagen zur Erzeugung von Kälte
- Anlagen zur Speicherung elektrischer Energie (Stromspeicher) hinsichtlich der Strombezugsrichtung
- mit einem maximalen Leistungsbezug von mehr als 3,7 kW, einem unmittelbaren oder mittelbaren Anschluss am Niederspannungsnetz (NE 7) und einer Inbetriebnahme ab dem 01.01.2024.

Bei Anwendung des Verfahrens des Anreizens mit Bewertungssignal kann zusätzlich auch die Flexibilität anderer steuerbarer Geräte eines SteuNA zur Optimierung auf Netzanschlussseite genutzt werden. Direktes Steuern (bei Über-/Unterschreiten von Grenzwerten des Bewertungssignals) ist für diese zusätzlichen Geräte nicht zulässig.

2. Rechte und Pflichten des Verteilnetzbetreibers

2.1. Teilnahmeverpflichtung

- alle Verteilnetzbetreiber
- alle Niederspannungs-Netzgebiete eines Verteilnetzbetreibers
- alle Niederspannungs-Leitungsstränge eines Netzgebietes (vom Trafo Mittelspannung/Niederspannung bis zum Niederspannungs-Anschlussnehmer)
- Teilnahmeverpflichtung ohne Ausnahme

2.2. Steuerungsberechtigung

- „(Direkte) Steuerung“ = **Reduzierung** des Wirkleistungsbezuges von SteuVE (bzw. von Steuerbaren Netzanschlüssen (SteuNA)) durch den Verteilnetzbetreiber
- § 14a Maßnahmen sind „marktbezogene Maßnahme“ i.S.v. § 13 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und Satz 2 i.V.m. § 14 Abs. 1 EnWG. Allgemeine Regelungen für Systemsicherheitsmaßnahmen (z.B. zum Einsatz und zum Informationsaustausch) finden Anwendung, soweit keine spezielleren Regelungen vorgesehen sind.
- Zulässige Steuerungsarten: Ausschließlich **Dynamisches Steuern oder Anreizen mit Bewertungssignal auf Basis von Echtzeit-Messungen**
- Zulässiger Anwendungsbereich für direkte Steuerung: Ausschließlich zur Beseitigung von strom- und spannungsbedingten Gefährdungen oder Störungen durch Betriebsmittelüberlastungen im NS-Leitungsstrang, an den die SteuVE (bzw. der SteuNA) angeschlossen ist, oder im Trafo MS/NS, der unmittelbar mit dem NS-Abgang verbunden ist.
- Ein Abruf **durch direktes Steuern** nach § 14a EnWG zur Beseitigung von Gefährdungen oder Störungen außerhalb des lokalen Anwendungsbereiches ist ausgeschlossen, so dass z.B. Abrufe **durch direkte Steuerbefehle** nach § 14a EnWG zur Entlastung von Engpässen in vorgelagerten Netzen auf Aufforderung eines vorgelagerten Netzbetreibers in der „Kaskade“ nach § 14 Abs. 1c EnWG ausscheiden. **Zulässig ist die Unterstützung der Netzsicherheit in höheren Netzebenen durch Steuerung über Anreizen mit Bewertungssignal.**
- Diskriminierungsfreie Auswahl der **direkt** zu steuernden StVE / SteuNA: Soweit technisch umsetzbar gleichmäßige anteilige Leistungsreduzierung aller SteuVE / SteuNA im Strang (oder alternativ die fallweise alternierende Steuerung von SteuVE / SteuNA). Für die Auswahl nach § 13 Abs. 1 S. 2 EnWG wird für alle SteuVE / SteuNA die gleiche Wirksamkeit in Bezug auf die abzuwendende Betriebsmittelüberlastung fingiert.
- Rechtsfolgen der **direkten** Steuerung:
 - Kein bilanzieller Ausgleich.
 - Kein (zusätzlicher) finanzieller Ausgleich (neben der Netzentgeltreduzierung, s.u. Abschnitt 5).
- **Während direktes Steuern durch den VNB weitgehend vermieden werden sollte, weil solche Eingriffe Bedürfnissen des Letztverbrauchers entgegenstehen und zu Instabilitäten führen können, bietet das Anreizen mit Bewertungssignal vielfältige Anwendungsmöglichkeiten zur Netzentlastung durch Flexibilität, die auch für höhere Netzebenen genutzt werden kann und sollte. Das Bewertungssignal kann dabei auf Basis mehrerer Anwendungsfälle und zugehöriger Messungen sinnvoll gebildet werden. Dies steigert die Verfügbarkeit von Flexibilität, deren Mehrwert und die Motivation der Teilnehmer. Das Verhalten der Letztverbraucher kann bei Bedarf stochastisch kontrolliert werden.**
- **Zusätzlich zulässige Anwendungsbereiche für das Anreizen mit Bewertungssignal sind:**

- Erhöhung des Eigenverbrauchs der Energieerzeugung in einem lokalen oder regionalen Netzbereich auf verschiedenen Spannungsebenen, z.B. zur Reduktion des zu dessen Anbindung erforderlichen Netzausbaubedarfs
- Verringerung von Lastspitzen bei Netzbetriebsmitteln auf allen Spannungsebenen
- Minimierung der Leistungs-Abweichung des Differenzbilanzkreises des VNB vom Soll
- Systemdienstleistungen für den Übertragungsnetzbetreiber über den Differenzbilanzkreis des VNB
- Rechtsfolgen der Steuerung durch Anreizen mit Bewertungssignal:
 - VNB stellt Lieferanten angepasste Lastprofile für mindestens den Folgetag auf Basis von Prognosen zur Verfügung
 - Zusätzlicher finanzieller Anreiz durch reduziertes Netzentgelt auf Basis der Tarifierung des Bewertungssignals im iMS
- Stromspeicher können grundsätzlich sowohl nach § 13a EnWG (RD 2.0) als auch nach § 14a EnWG (SteuVE) erfasst sein. Für die Beseitigung von Gefährdungen und Störungen im Anwendungsbereich des § 14a EnWG erfolgt die Reduzierung des Wirkleistungsbezugs (Verbrauchsreduzierung Einspeichern) nach § 14a EnWG als vorrangige Spezialregelung. Im Übrigen bleibt § 13a EnWG anwendbar.

2.3. Auslöser für Netzertüchtigungspflichten (Ausbau, Verstärkung, Optimierung)

- Grundsätzliche Pflicht zur bedarfsgerechten Netzertüchtigung nach § 11 Abs. 1 EnWG gilt dauerhaft und uneingeschränkt.
- Werden hinter einem Trafo oder in einem Strang bereits Steuerungsmaßnahmen **mit direkter Steuerung** nach § 14a EnWG durchgeführt und ist mit weiteren **solcher** Maßnahmen zu rechnen, so muss der Netzbetreiber spätestens dann seine Netzausbauplanung für diesen Netzbereich anpassen.
- Bedarfsgerechter Netzausbau hat dabei vorausschauend zu erfolgen und soll sich dabei auf das für die jeweilige Region geltende Regionalszenario nach § 14d EnWG stützen.
- Die Auswirkung der Steuerung nach § 14a EnWG durch Anreizen mit Bewertungssignal in einem Netzbereich kann in die Ausbauplanung einfließen. Kann der VNB nachweisen, dass durch Anreizen mit Bewertungssignal die Netzbelastung soweit reduziert wird, dass direktes Steuern auch zukünftig weitgehend vermieden wird, kann von einem Netzausbau abgesehen werden.

3. Rechte / Pflichten des Letztverbrauchers

3.1. Teilnahmeverpflichtung

- Alle Betreiber von SteuVE gemäß oben B.1.
- Teilnahmeverpflichtung ohne Ausnahme

3.2. Anspruch auf sofortigen Netzanschluss

Der Netzbetreiber kann dem Begehren nach Anschluss einer von dieser Festlegung erfassten SteuVE nicht entgegenhalten, es sei hinter dem betreffenden Trafo / im betreffenden Strang eine Betriebsmittelüberlastung zu besorgen.

3.3. Technische Anforderung an Steuerbarkeit durch den Netzbetreiber

- Soweit noch kein iMS vorhanden: Einhaltung der technischen Vorgaben des Netzbetreibers in Bezug auf die Einrichtung einer Steuerung der SteuVE
- Ab Einbau eines iMS: Bereitstellung der erforderlichen Technik zur Anbindung der SteuVE an das iMS durch MSB
- Kein separater Zählpunkt für SteuVE erforderlich

4. Bezugspunkt der Steuerung durch VNB

4.1. Variante 1: Einzelsteuerung einer SteuVE

- VNB-Steuerbefehl geht auf die einzelne SteuVE
- Der einzelnen SteuVE wird auch im Fall des Eingriffs ein Wirkleistungsbezug in Höhe von 3,7 kW weiterhin ermöglicht; technisches Unvermögen einer SteuVE, auf 3,7 kW zu reduzieren, befreit nicht von Teilnahme, sondern geht zum Nachteil der SteuVE (dann Abregelung auf „0“)

4.2. Variante 2: Prosumersteuerung eines SteuNA

- VNB-Steuerbefehl geht auf Netzanschlusspunkt (Netzllokation)
- Anschlussnehmer hat durch Energie-Management-System (EMS) dafür Sorge zu tragen, dass die vom Netzbetreiber vorgegebene Leistungsobergrenze nachweisbar eingehalten wird.
- Auch im Fall der maximalen Herunterregelung des SteuNA wird für jedes Anschlussnutzungsverhältnis hinter dem Netzanschluss weiterhin ein Leistungsbezug in Höhe von 5 kW (bezogen auf eine Viertelstunde) zugestanden.

4.3. Variante 3: Anreizsteuerung eines SteuNA

- Bewertungssignal des VNB geht auf Netzanschlusspunkt (Netzllokation)
- Anschlussnehmer nutzt Energie-Management-System (EMS) oder angepasste Gerätesteuerungen zur Ansteuerung flexibler Geräte auf Basis des Bewertungssignals und der individuellen Anforderungen an den Gerätebetrieb.
- Liegt das Bewertungssignal außerhalb definierter Grenzwerte, wird über das Bewertungssignal direkt gesteuert: Der Anschlussnehmer hat dafür Sorge zu tragen, dass dem Bewertungssignal vom Netzbetreiber zugeordnete Leistungsobergrenzen nachweisbar eingehalten werden. Es gelten in diesem Fall die Festlegungen für Variante 2.

4.4. Variantenauswahl durch Letztverbraucher

- Der Letztverbraucher legt vor Inbetriebnahme der SteuVE fest, ob die Steuerung nach Variante 1 ~~oder 2~~, 2 oder 3 erfolgen soll. Eine spätere Änderung der Variante ist möglich. Die Anwendung von Variante 3 ist abhängig von der Verfügbarkeit von iMS und dem Angebot durch den VNB. Sofern vom VNB angeboten, ist Variante 3 zu bevorzugen und dem Letztverbraucher durch den VNB nahezulegen.

5. Netzentgeltreduzierung

5.1. Anspruch auf Netzentgeltreduzierung

- Nach § 14a Abs. 1 Satz 1 EnWG n.F. kann die Bundesnetzagentur festlegen, dass Lieferanten und Letztverbraucher, die mit einem Betreiber eines Elektrizitätsverteilungsnetzes einen Netznutzungsvertrag abgeschlossen haben, einen Anspruch auf ein reduziertes Netzentgelt im Gegenzug für die netzorientierte Steuerung haben.
- Die Bundesnetzagentur beabsichtigt, von Ihrer Festlegungsermächtigung nach § 14a Abs. 1 Satz 1 und Satz 3 Nr. 8 EnWG n.F. i.V.m. § 29 Abs. 1 EnWG Gebrauch zu machen, indem sie die Methode, wie ein reduziertes Netzentgelt nach § 14a Abs. 1 Satz 1 EnWG n.F. zu berechnen ist, vorgibt. Die Beschlusskammer 8 ist zuständig nach § 59 Abs. 1 S. 1 EnWG. Sie plant festzulegen, dass das Netzentgelt **für jede teilnehmende Netzlokation** um einen pauschalen absoluten Betrag reduziert wird. Denn der Verzicht auf einen separaten Zählpunkt für eine steuerbare Verbrauchseinrichtung erfordert **für die direkte Steuerung** eine Abkehr von der Systematik des reduzierten Arbeitspreises.
- Die Höhe der pauschalen Netzentgeltreduzierung soll dabei bundesweit einheitlich sein, kalenderjährlich ausgewiesen werden und könnte sich mangels geeigneter Kriterien an den zusätzlichen Kosten orientieren, die dem Netznutzer für die Einrichtung oder Herstellung der Steuerbarkeit entstehen. Dabei geht die Bundesnetzagentur davon aus, dass diese gem. § 14a Abs. 1 Satz 1 sowie Satz 3 Nr. 8 EnWG i.d.F.v. 1.1.2023 die bundesweite Festlegungskompetenz abweichend von § 54 Abs. 2 Nr. 5 EnWG hat.
- Die hier denkbare Festlegung (BK8-22/010-A) der Beschlusskammer 8 soll auf die 4. Regulierungsperiode (2024 – 2028) befristet werden.
- **Für das Verfahren der Steuerung durch Anreize über ein Bewertungssignal kann die Systematik eines reduzierten Arbeitspreises angewendet werden. Dabei wird über eine Abrechnungsperiode das netzdienliche Verhalten eines SteuNA mit Hilfe des Bewertungssignals quantifiziert und in eine Reduzierung des Arbeitspreises für die nächste Abrechnungsperiode umgesetzt. Der reduzierte Arbeitspreis wird zusätzlich zur Reduktion des Netzentgeltes um einen pauschalen Betrag gewährt. Dadurch werden zusätzliche Maßnahmen und Verhaltensänderungen der Anschlussnehmer zur Erhöhung der Flexibilität des SteuNA im Sinne eines wirtschaftlichen Anreizes nach §14a EnWG finanziell unterstützt, soweit sie einen nachweisbar erweiterten positiven Effekt auf die Netzbelastung und die Netzstabilität haben.**
- Die Beschlusskammer 8 behält sich vor, in einer anschließenden Festlegung Vorgaben darüber zu treffen, die „§ 14a EnWG - Kunden“ in ein LP/AP-System zu überführen. Grundlage dafür ist jedenfalls der fortgeschrittene Rollout intelligenter Messsysteme. **Durch Anwendung des Verfahrens der Steuerung durch Anreize mit einem Bewertungssignal ist perspektivisch eine Vereinheitlichung der Netzentgeltregulierung nach § 14a EnWG und §§ 16 ff. StromNEV möglich, welche die Nutzung von Flexibilität im Netz im Sinne der Energiewende unterstützt und dynamische Netzentgelte in Echtzeit auf Basis des Netzzustandes ermöglicht. Hierbei können auch Erzeugungsanlagen bzw. Einspeisungen von Prosumern berücksichtigt werden, um Erzeugung und Verbrauch im dezentral strukturierten Energiesystem nach dem Subsidiaritätsprinzip auch lokal besser in Einklang zu bringen. Das Verfahren ermöglicht dann nicht nur den Netzschutz gegen zu viel Last, sondern auch gegen zu viel Erzeugung, und dadurch gleichzeitig eine Vereinfachung der Regulierung.**
- Netzanschlusskosten (NAK) finden keine Berücksichtigung bei der Berechnung eines reduzierten Netzentgeltes. Diese sind diskriminierungsfrei und gleich zu entrichten.

- Dabei geht die Bundesnetzagentur davon aus, dass diese gem. § 14a Abs. 1 Satz 1 sowie Satz 3 Nr. 7 EnWG i.d.F.v. 1.1.2023 die bundesweite Festlegungskompetenz abweichend von § 54 Abs. 2 Nr. 6 EnWG hat.

5.2. Ausschüttung der Entgeltreduzierung

- Die Zahlung **eines pauschalen Betrags zur Reduktion des Netzentgeltes** erfolgt unabhängig davon, ob tatsächlich Steuerungseingriffe erfolgt sind. Grundlage für die Zahlung ist bereits die Möglichkeit, einen solchen Eingriff vornehmen zu können.
- Aktuell noch offen diskutiert wird die Frage, in welchem Rechtsverhältnis die Ausschüttungen vorgenommen werden. Derzeit erfolgt die Abwicklung im Netznutzungsverhältnis und eine Weiterverrechnung der Pauschale erfolgt in der Abrechnung des Lieferanten an den Verbraucher gemäß den geltenden Vertrags- und Abrechnungsbeziehungen. Die pauschale Netzentgeltreduzierung ist dabei transparent in einer Abrechnung des Lieferanten an den Kunden auszuweisen.
- Alternativ vorstellbar ist eine direkte Zahlungsbeziehung zwischen Netzbetreiber und Anschlussnutzer (Letztverbraucher), was allerdings mit einem hohen Umsetzungsaufwand verbunden sein dürfte.
- **Die Reduktion des Arbeitspreises des Netzentgeltes bei Steuerung über Anreizen mit einem Bewertungssignal erfolgt in der Abrechnung des Lieferanten an den Verbraucher gemäß den geltenden Vertrags- und Abrechnungsbeziehungen. Die Berechnung des reduzierten Arbeitspreises auf Basis der Verknüpfung von Bezugsmenge und Bewertungssignal ist dabei transparent in einer Abrechnung des Lieferanten an den Kunden auszuweisen.**
- **Die Ausgestaltung und Tarifierung des Bewertungssignals sollte nach Möglichkeit bundeseinheitlich durch die Beschlusskammern 6 und 8 der Bundesnetzagentur in Zusammenarbeit mit den Netzbetreibern und Technologieanbietern vor dem 01.01.2024 festgelegt werden.**

C. Übergangsregelungen

1. Verbraucherseitig

- Für alle Anlagen, die vor dem 01.01.2024 in Betrieb gegangen sind und die bereits eine § 14a-Vereinbarung eingegangen sind, gelten die bisherigen Regelungen bis längstens zum 31.12.2028 unverändert fort.
- Nachtspeicherheizungen kommen bis zu ihrer Außerbetriebnahme dauerhaft in den Genuss einer vor dem 01.01.2024 abgeschlossenen § 14a-Vereinbarung.
- Alle Anlagen (außer Nachtspeicherheizungen) mit einer vor dem 01.01.2024 abgeschlossenen § 14a-Vereinbarung werden zum 01.01.2029 auf das Zielmodell übergeleitet.
- Für Anlagen, die vor dem 01.01.2024 in Betrieb gegangen sind und keine § 14a-Vereinbarung abgeschlossen haben, gilt die bisherige Rechtslage dauerhaft fort.
- Ein freiwilliger Wechsel der vorgenannten Kundengruppen in das Zielmodell ist jederzeit möglich (ohne Rückkehrmöglichkeit).

2. Netzbetreiberseitig

- Übergangsweise Befugnis zum **Statischen Steuern**

- Sobald in einem Niederspannungs-Leitungsstrang die technischen Voraussetzungen für die Umsetzung des Dynamischen Steuerns geschaffen sind, ist hiervon für diesen Bereich des Netzgebiets Gebrauch zu machen.
- Das Steuern durch **Anreizen mit Bewertungssignal** ist in der Übergangsfrist für den VNB freiwillig. Die Bundesnetzagentur behält sich vor, für die Zeit nach der Übergangsfrist das Anreizen mit Bewertungssignal als verbindliches Verfahren festzulegen.
- Dauer der Übergangsfrist: längstens bis zum 01.01.2029

D. Monitoring / Informationsmeldungen

- Es gelten die allgemeinen wechselseitigen Informationspflichten für marktbezogene Maßnahmen.
- Für die Informationspflichten der VNB gegenüber der Bundesnetzagentur heißt das konkret:
 - Alle vorgenommenen **direkten** Steuerungsmaßnahmen (Dauer/Intensität) sind strangscharf zu dokumentieren. Im Falle der dynamischen Steuerung sind zusätzlich die Messwerte, die zu den Steuerungshandlungen geführt haben, strangscharf zu dokumentieren.
 - Bei Anwendung des Verfahrens des Anreizens mit Bewertungssignal sind bei Über-/Unterschreitung der zulässigen Grenzwerte die Signalwerte und die zugehörigen Messwerte sowie die damit verknüpften Steuerbefehle strangscharf mindestens minütlich zu dokumentieren.
 - Alle Netzausbaumaßnahmen, die aufgrund von Steuerungsmaßnahmen angestoßen wurden, sind strangscharf zu dokumentieren.
 - Die genannten Daten sind der Bundesnetzagentur auf Verlangen mitsamt der zugehörigen Netzplanung vorzulegen.
- Zusätzlich: Einbeziehung der Steuerungshandlungen und Signalwerterfassung in die jährliche Monitoring-Abfrage.